

# Weltordnung, Kriege und Sicherheit

Autor(en): **Demenga, Mileva**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **86 (2008)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Weltordnung, Kriege und Sicherheit

**Widerspruch 53: Weltordnung, Kriege und Sicherheit. 232 S., Fr. 25.–. Im Buchhandel oder unter [www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch).**

Die Diskussion über die Kampfeinsätze deutscher Soldaten in Afghanistan ist exemplarisch dafür, dass sich die europäische Sicherheitspolitik in einem Wandel befindet: In sicherheitspolitischen Fragen wird auch seitens Europa wieder vermehrt auf militärische Macht zurückgegriffen. Unter dem Deckmantel des «Sicherheitsdiskurses», der seit dem 11. September aus der politischen Tagesordnung nicht mehr wegzudenken ist, findet eine zunehmende Legitimierung des Einsatzes von militärischer Gewalt statt. Es besteht eine scheinbare Notwendigkeit, gegen «Schurkenstaaten» und Terrorismus jederzeit gewappnet zu sein. Das Konzept «Präventionsstaat» stösst in Europa nicht auf Ablehnung, sondern findet mehr und mehr Eingang in staatspolitische Fragen der Zukunft. So fordert beispielsweise der EU-Reformvertrag seine Mitgliedstaaten zur Erhöhung der Militärausgaben auf, obwohl wir uns nach offizieller Rhetorik in einer Zeit der Abrüstung befinden. Dass vermehrt grundlegende Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Freiheits- und Menschenrechte sowie des Völkerrechts verletzt werden, darf nicht widerspruchlos hingenommen werden: Der *Widerspruch* erhebt mit seiner 53. Ausgabe die Stimme und nähert sich dem Thema Weltordnung, Kriege und Sicherheit aus verschiedenen Perspektiven an.

Fünf der zwölf Beiträge beschäftigen sich mit der schweizerischen Sicherheitspo-

litik. Moosman/Lang beobachten, dass die Armeerevision 09 der gesamteuropäischen Tendenz folgt: Das revidierte Militärgesetz würde unbewaffnete Einsätze von Schweizer Soldaten auch ohne UNO-/OSZE-Mandat erlauben. Die Vorschläge zur Armeerevision 09 zielen auf eine Integration in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ab. An diesem äusserst spannenden Beitrag ist hervorzuheben, dass er klare Forderungen an die linke Politik stellt: Es genüge nicht, sich gegen die europäische Militarisierungstendenz zu stellen – vielmehr sei die Erarbeitung eigener Konzepte für die schweizerische Friedens-, Aussen- und Sicherheitspolitik gefragt. Moosman/Lang fordern, dass sich die Schweiz aus der «NATO-Partnerschaft für Frieden» zurückzieht, auf Waffenexporte verzichtet und sich für die weltweite Abrüstung engagiert. Nur so sei der Einsatz «für eine Politik, welche die Stärke des Rechts über das Recht der Stärkeren setzt» möglich.

Tom und Andreas Cassee analysieren die Rolle der Schweiz als Finanz- und Handelsplatz von Rohstoffkriegen. Obwohl die Schweiz ihre Militärausgaben in den vergangenen Jahren merklich gesenkt hat, ist sie tief in das «globalisierte Geschäft mit dem Krieg» verwickelt, was nicht zuletzt an der engen Vernetzung der schweizerischen Rüstungslobby mit der Armeespitze liegt.

Während Bernard Degens lesenswerter Artikel einen historischen Abriss der Verteidigungspolitik der Schweiz seit

dem Zweiten Weltkrieg liefert, behandelt der letzte Beitrag zur Sicherheitspolitik der Schweiz ausführlich das Thema der Terrorismusbekämpfung durch die Schweizer Justiz. Viktor Györffy schlägt einen Bogen zur Wandlung der Asyl- und Auslieferungspraxis von türkischen Kurden und zeigt, dass sich «die Logik und Rhetorik des *war on terror*» längst im Handeln der Schweizer Justizbehörden niedergeschlagen hat.

Der Beitrag von Dieter Senghaas konfrontiert den/die LeserIn mit Fakten über die weltweite Rüstungspolitik. Obwohl die Abschreckungsstrategie, welche die Politik im Kalten Krieg dominiert hat, eigentlich verabschiedet schien, geht die quantitative Abrüstung mit einer qualitativen Aufrüstung einher. Dies hat zur Folge, dass insbesondere die Abschreckungspolitik der USA nach wie vor einen grossen Einfluss auf das politische Weltgeschehen ausübt. Die «nukleare Vormachtstellung der USA» bewirkt, dass zwischen den USA und sämtlichen anderen Staaten asymmetrische Beziehungen bestehen, da die USA unumstritten über die Fähigkeit zum nuklearen Erstschlag verfügen. Diesen Artikel zeichnet aus, dass er über eine reine Analyse der bestehenden Verhältnisse hinausgeht: Senghaas geht nach der Darlegung der Fakten zu einer Untersuchung der Funktion von «Worst-Case-Szenarien» über. Er hält fest, dass die USA beim Entwurf ihrer Militärstrategie oftmals nicht auf tatsächlich bestehende Konflikte eingehen, sondern einen Gegner zeichnen, der keine tatsächliche Entsprechung hat. So würde über militärische Interventionen im Iran und in Nordkorea diskutiert, ohne auf die reale Lage Bezug zu nehmen. Durch fingierte «Worst-Case-Szenarien», die in der Öffentlichkeit zu einer Banalisierung und Legitimierung des Einsatzes von Nuklearwaffen führten, würden bestehende Konflikte verstärkt. Senghaas führt als Beispiel für eine solche Fehleinschätzung

auf weltpolitischer Ebene die Irakpolitik der USA an.

Im Gegensatz zu Senghaas durchwegs sachlicher Analyse der amerikanischen Sicherheitspolitik, handelt es sich bei Mosshen Massarats Artikel mit dem provokanten Titel *Alternativen zum UN-Unsicherheitsrat* um einen etwas polemisierenden Beitrag. So seien die USA dabei, die «Bedrohungsängste aus der Kalten-Krieg-Ära in *Old Europe*» wachzurufen. Nachdem Massarat die dringliche Notwendigkeit, die gegenwärtige Hegemonialposition der USA durch eine Strategie der Dezentralisierung und Regionalisierung zu durchbrechen, aufgezeigt hat, entwickelt er ein interessantes Konzept einer «Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten» (KSZMNO). Diese soll – analog zur KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) – den Grundstein zum Aufbau von Sicherheitsstrukturen und gesellschaftlichen sowie ökonomischen Kooperationsprojekten im Mittleren und Nahen Osten legen.

Während Massarat die Entwicklungen in der EU, die mit der KSZE ihren Anfang genommen haben, als Beispiel der Dezentralisierung und Alternative zum von den USA dominierten UN-Sicherheitsrat anführt, beobachtet Thomas Roithner in seinem Beitrag Die EU auf dem Weg zur Militärmacht, dass sich der «Integrationsprozess der EU in Sicherheitsfragen zunehmend militärisch definiert». Diese Tendenz habe zur Folge, dass die Vereinten Nationen weiter geschwächt würden. Denn dem EU-Ministerrat würde mit der Annahme des EU-Reformvertrags das Recht verliehen, auch ohne UN-Mandat militärisch zu intervenieren. Der Kosovokrieg 1999, die Terrorbekämpfung wie auch der US-Krieg gegen den Irak haben zur Militarisierung der EU entscheidend beigetragen. Wird Sicherheit in Europa

intern mit Mitteln der Kooperation und Einigung gewährleistet, so wird gegen aussen zunehmend mit einer interventionistischen Strategie auf Konflikte reagiert. Roithner geht sogar soweit zu behaupten, die EU werde auf einen «militärischen Beistandspakt» reduziert. Er fordert, die nach der Ablehnung der neuen EU-Verfassung 2005 einsetzende «Nachdenkpause» zu beenden und die Inhalte der Verfassung zur Debatte freizugeben. Dabei sollen aber nicht nur, wie bisher, vor allem die sozial-, sondern auch die militärpolitischen Fragen angesprochen werden – insbesondere weil in der offiziellen «Nachdenkpause» sicherheitspolitische Passagen wie die Beistandsklausel im Terrorfall auch ohne Verfassung umgesetzt wurden. Die im Reformvertrag festgehaltenen Vorgaben zur Erhöhung der Militärausgaben und Aufrüstungspläne zur Schaffung eines wettbewerbsfähigen EU-Rüstungskomplexes (European Defence Agency) bezeichnet Roithner gemessen an den tatsächlichen Bedrohungen als «völlig unverhältnismässig». Er postuliert einen breiten Begriff von Sicherheitspolitik, der den Gedanken der EU als Militärmacht verabschiedet und stattdessen «mit den Grundsätzen einer aktiven Neutralität und einer ernst gemeinten zivilen Aussenpolitik zu vereinbaren ist». Denn die globalen Herausforderungen stellen sich in erster Linie in zivilen Bereichen wie Armut, Umwelt oder gerechtere Ökonomie und sollten daher auch mit zivilen Mitteln angegangen werden. In dem Konzept einer globalen Zivilgesellschaft, welche die nationalen Regierungen zu einer auf zivilen Grundlagen beruhenden Sicherheitspolitik auffordert, sieht Roithner Potenzial, sich diesem Ziel anzunähern. Wie mit der Problematik umgegangen werden soll, dass sich die entstehende globale Zivilgesellschaft, die in der Tat über ein grosses Potenzial verfügt, äusserst selten gegen Regierungen durchzusetzen vermag, bespricht Roithner jedoch nicht.

Es fällt auf, dass nur zwei der zwölf Hauptartikel von Frauen verfasst worden sind, wobei sich der eine mit dem Thema *Militär als geschlechterpolitisches Terrain* auseinandersetzt. Was bereits im Widerspruch 50 zum Thema «Alternativen!» von Fabrizio Moser (RR 1/2007) festgestellt wurde, scheint sich in der aktuellen Ausgabe zu bestätigen: «Frauen schreiben über Feminismus, Männer über alles andere.»

Am Ende ihres Artikels reflektiert Ruth Seifert den Umstand, dass sich das Thema «Frauen und Militär» einem «merkwürdigen Desinteresse an Reflexion» ausgesetzt sieht. So sei die Debatte im deutschsprachigen Raum seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs, dass das deutsche Grundgesetz gegen die Gleichbehandlungsrichtlinien des Europäischen Rates verstosse, abgebrochen: Dieses verbot den Frauen den Waffendienst und wurde 2001 mit Unterstützung aller Parteien geändert. Mit ihrem fundierten Beitrag stellt sich Ruth Seifert dem Trend, dass scheinbar kein Interesse an dieser Diskussion vorhanden ist, entgegen.

Sie konstatiert, dass die feministische Diskussion dieses Themas in den 90er Jahren von einer klaren Distanzierung vom Militär und der konkreten Erwägung dessen Abschaffung dominiert war. Heute gelte jedoch die Prämisse, dass die Abschaffung der Armee als reale Möglichkeit nicht bestehe und dass in der Diskussion über «Frauen und Militär» andere Akzente gesetzt werden müssten. Ihre Überlegungen nehmen ihren Ausgangspunkt in der Darstellung verschiedener Argumente, die von den Gegnern der Integration von Frauen in die Armee geltend gemacht werden. Der Schwerpunkt des Artikels liegt jedoch in der Auseinandersetzung mit der Frage, wie sich die Integration von Frauen in das Militär auf dessen Organisationskultur und insbesondere auch auf die Situation der weiblichen

Zivilbevölkerung in Krisengebieten auswirken würde. Fazit ihrer Analyse ist, dass «der Einsatz von Frauen in UNO-Militär- und Polizeieinheiten in der Tat zu einer verstärkten Wahrnehmung und Berücksichtigung der Problemlagen von Frauen in Krisengebieten» führe. Würde die «Männlichkeit des Militärs» nicht nur durch den Einsatz von Soldatinnen, sondern auch von Frauen in militärischen Führungspositionen durchbrochen, bedeute dies einen weiteren Schritt der Demokratisierung der Gesellschaft.

Zwei Artikel beschäftigen sich mit dem Thema Folter im Rechtsstaat und Feindstrafrecht. Susanne Krasmann legt den Schwerpunkt auf eine Untersuchung der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Folter im Rechtsstaat aus einer foucaultschen Perspektive. Indem in westlichen Staaten ein territoriales «Outsourcing von Folter» stattfindet, wird das Recht ausser Kraft gesetzt und der eigene Staat von der Verantwortung befreit. Dass selbst Regierungen von scheinbar soliden Rechtsstaaten wie Deutschland und Grossbritannien «Mittäter und Nutzniesser von gravierenden Menschenrechtsverletzungen» sind, zeigt Heiner Busch in seinem informativen Beitrag *Vom Feindstrafrecht zur Rechtslosigkeit* auf.

Mit Norman Levines Artikel *Ein neues Zeitalter der Marx-Interpretation*, Frie-

der Otto Wolfs Nachbemerkung dazu sowie einem Beitrag zur Aktualität von Hannah Arendts Imperialismuskritik setzt der sonst eher disparate zweite Teil des Widerspruchs einen philosophisch-theoretischen Akzent.

Obwohl die Beiträge in der Themenwahl eine grosse Heterogenität aufweisen, scheinen einige Aspekte des Themas «Weltordnung, Kriege und Sicherheit» nahezu alle Autoren zu beschäftigen. So wird in mehreren Artikeln eine dezidierte Kritik an der Marginalisierung der Vereinten Nationen laut. Auch dass trotz der offiziellen Abrüstungstendenz eine Konventionalisierung von Nuklearwaffen stattzufinden scheint, regt viele Autoren zu Reflexion und Stellungnahme an. Eine weitere Konstante stellen unterschiedlich präzise Analysen über den Einfluss des «Kriegs gegen den Terror» auf die Aussenpolitik der USA und die Militarisierung der EU sowie über den Umgang mit Menschenrechten in westlichen Rechtsstaaten dar. Der *Widerspruch* 53 leistet mit seiner breiten Palette an Perspektiven und Akzenten einen unbedingt lesenswerten Beitrag zur Diskussion eines hochaktuellen und brisanten Themas.

Mileva Demenga